



Haushalts- und Finanzausschuss

94. Sitzung (öffentlicher Teil)¹⁾

14. Oktober 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im zweiten Quartal des Haushaltsjahres 2004 1

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 13/2962

Nach der Erörterung von Einzelfragen mit den Vertretern der Landesregierung **empfiehlt** der Ausschuss einstimmig, die in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

2 Diskriminierung beenden - Pflichten und Rechte für Lebenspartner in Einklang bringen 2

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5466

In Verbindung damit:

Schwule und lesbische Paare rechtlich gleichstellen - Landesrecht nach Einführung der Eingetragenen Partnerschaft anpassen

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und

¹⁾ Vertraulicher Teil mit TOP 10 und TOP 16 s. Vertr. APr 13/52

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5577

Ohne Aussprache **bestätigt** der Ausschuss einstimmig das **Abstimmungsverhalten des Unterausschusses "Personal"**:

- Der **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/5466** wird mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP **abgelehnt**.
- Der **Entschließungsantrag** der Koalitionsfraktionen **Drucksache 13/5577** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP **befürwortet**.

3 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a Grundgesetz **3**
hier: 34. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz

Vorlage 13/2970

Der Ausschuss **nimmt** die Vorlage ohne Diskussion einstimmig **zur Kenntnis**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Manfred Palmén (CDU)

4 Änderung des Landesreisekostengesetzes (LRKG), des Landesumzugskostengesetzes (LUKG), der Trennungsentschädigungsverordnung (TEVO) und der Auslandsreisekostenverordnung (ARVO) **3**

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5740

Vorlage 13/3040

Zuschriften 13/4336 und 13/4337

Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP dem Landtag, dem **Gesetzesentwurf** unter Berücksichtigung der vom Unterausschuss "Personal" beschlossenen Änderungen und der vom Unterausschuss-Vorsitzenden Manfred Palmén vorgetragenen redaktionellen Korrektur (s. auch Vorlage 13/3040) **zuzustimmen**.

Berichterstatter: Günter Garbrecht (SPD)

- 5** **Achtes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndLBesG)** **5**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5958
Vorlage 13/3029
Zuschrift 13/4307
- Nach kurzer Erörterung **beschließt** der Ausschuss einstimmig, **im Unterausschuss "Personal"** am 16. November 2004 eine **öffentliche Anhörung** der Sachverständigen durchzuführen, die von den Fraktionen vorgeschlagen sind bzw. bis morgen früh benannt werden können.
- 6** **§ 8a Körperschaftsteuergesetz muss umgehend novelliert werden** **6**
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5326
Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung
- Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, am 20. Januar 2005 eine **öffentliche Anhörung** der von den Fraktionen bereits vorgeschlagenen Sachverständigen durchzuführen.
- 7** **Einrichtung einer Leerstelle der Besoldungsgruppe A 15 BBesO im Einzelplan 11** **6**
Vorlage 13/2975
- Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Personal" **beschließt** der Ausschuss ohne Diskussion bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP einstimmig, in die Einrichtung der Leerstelle **einzuwilligen**.
- 8** **Aufhebung von Sperrvermerken im Kapitel 11 030** **7**
Vorlagen 13/3025 und 13/3028
- Entsprechend der Empfehlung des mitberatenden Ausschusses für Frauenpolitik - Vorlage 13/3025 - **beschließt** der Ausschuss ohne Diskussion einstimmig die **Aufhebung der beiden Sperrvermerke** gemäß dem Antrag des Finanzministeriums, Vorlage 13/3028.

9 Für eine Neue Esskultur - gegen Strafsteuern und staatliche Ernährungsdiktatur

7

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5671

Ohne Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den **Antrag abzulehnen**.

10 Beteiligungsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2002

7

Vorlage 13/2950

In Verbindung damit:

Finanzielle Situation der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. Januar 2003

Vertrauliche Vorlage 13/37

Der Ausschuss **beschließt**, diesen Punkt am Ende der Sitzung gemeinsam mit TOP 16 **vertraulich zu beraten** (s. *Vertr. APr 13/52*).

11 Bericht der Landesregierung nach § 7a des Haushaltsgesetzes 2004/2005 über den Stand der Einführung neuer Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung NRW

8, 13

Vorlagen 13/3016 und 13/3035

Der Ausschuss berät über die in Vorlage 13/3035 dargestellten Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Haushaltsrecht".

Er **beschließt** sodann einstimmig, die Landesregierung aufzufordern,

- zum 30.06.2005 über den Vorschlag zur endgültigen Regelung für die Personalausgabenbudgetierung zu berichten,
- zum 30.06.2005 in einem weiteren Bericht gemäß § 7a HG 2004/2005 die weiteren Projektschritte mit einer Zeitschiene verbindlich darzustellen und
- die Entwicklung des Konzeptes für den erforderlichen IT-Einsatz voranzutreiben und eine landeseinheitliche Regelung anzustreben.

Ergänzend wird die Landesregierung gebeten, die Arbeitsgruppe "Haushaltsrecht" laufend über den Stand der Beratungen zu informieren.

- 12 Bericht der Landesregierung nach § 7b des Haushaltsgesetzes 2004/2005 über ein Konzept für eine Berichterstattung zur Nachhaltigkeit der Finanzpolitik** 12

Vorlage 13/3026

Die Vorlage wird im Rahmen einer kurzen Erörterung zur Kenntnis genommen.

- 13 Bericht der Landesregierung nach § 7c des Haushaltsgesetzes 2004/2005 über ein Konzept zur nach Geschlechtern differenzierenden Analyse, Bewertung und Folgenabschätzung von Haushaltsentscheidungen** 13

Vorlage 13/3014

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Diskussion zur Kenntnis.

- 14 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen** 13

Vorlage 13/2951

Auch diese Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

- 15 Verschiedenes** 13

- 16 Bürgerschaftsangelegenheiten** -

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, **vertraulich zu beraten** (s. Vertr. APr 13/52).

5 Achstes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achstes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndLBesG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5958

Vorlage 13/3029

Zuschrift 13/4307

Vorsitzender Volkmar Klein trägt vor, dieser Gesetzentwurf sei federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform, den Rechtsausschuss sowie den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung überwiesen worden.

Zunächst habe er sich mit den Obleuten darauf verständigt, dazu am 18. November eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Da jedoch der Wissenschaftsausschuss nur eine nachrichtliche Beteiligung wünsche, bestehe auch die Möglichkeit, den Unterausschuss "Personal" mit der Durchführung der Anhörung zu beauftragen. Diese könnte bereits am 16. November stattfinden, sodass anschließend zwei Tage mehr Beratungszeit zur Verfügung stünden und es leichter möglich sei, die Auswertung und die abschließende Beratung am 25. November im HFA vorzunehmen.

Gisela Walsken (SPD) signalisiert, aus der Sicht ihrer Fraktion könnte aufgrund intensiver fachlicher Beratung auch auf eine Anhörung verzichtet werden. Wenn die anderen Fraktionen jedoch eine Anhörung wünschten, wäre die SPD-Fraktion mit dem Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden einverstanden.

Manfred Palmén (CDU) legt dar, die Fachleute seiner Fraktion hielten eine Anhörung für erforderlich, weil die Einführung der neuen Professorenbesoldung ein exemplarisches Problem darstelle. Er plädiere auch dafür, dass das am 16. November im Unterausschuss "Personal" geschehe, auch wenn zuletzt die Absicht bestanden habe, an dem Tag keine Sitzung dieses Unterausschusses stattfinden zu lassen.

Günter Garbrecht (SPD) weist darauf hin, dass er für den 16. November bereits eine Sitzung des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen" anberaumt habe, und bittet noch einmal über den Vorschlag von Frau Walsken nachzudenken. - **Manfred Palmén (CDU)** entgegnet, die Anhörung sei - bei 20.000 Professoren - wichtig, und hält es für möglich, die beiden Unterausschusssitzungen nacheinander abzuwickeln.

Vorsitzender Volkmar Klein erinnert an das gemeinsame Ziel, das Gesetz noch in diesem Jahr zu verabschieden. Auf der anderen Seite sei beispielsweise die Frage der Verteilung zwischen den Universitäten sicherlich eine Anhörung wert. Er schlage vor, dass die beiden Unterausschussvorsitzenden sich abstimmen, um die Sitzungen am 16. November mit einem komprimierten Zeitbudget nacheinander durchzuführen.

Gisela Walsken (SPD) betont, das Zeitziel sei wichtig, und erklärt sich mit dem Verfahren einverstanden.

Vorsitzender Volkmar Klein weist darauf hin, dass von der FDP-Fraktion bereits zwei Sachverständige vorgeschlagen worden seien, und bittet die anderen Fraktionen, möglichst schnell Sachverständige zu benennen.

Nach kurzer Verfahrensaussprache beschließt der **Ausschuss** einstimmig, die Anhörung wie vorgeschlagen durchzuführen; die Sachverständigen, die von den Fraktionen bis morgen früh benannt werden, gelten als mit beschlossen.

6 § 8a Körperschaftsteuergesetz muss umgehend novelliert werden

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5326

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung

Vorsitzender Volkmar Klein stellt fest, bei der Ausschussberatung am 16. September habe die CDU-Fraktion eine öffentliche Anhörung beantragt. Er habe sich mit den Obleuten verständigt, diese am 20. Januar 2005 durchzuführen. Die Fraktionen der FDP und der CDU hätten bereits einzuladende Sachverständige vorgeschlagen.

Gisela Walsken (SPD) bittet für ihre Fraktion, Dr. Lorenz Jarass, Wiesbaden, einzuladen und auch das nordrhein-westfälische Finanzministerium in den Kreis der Anzuhörenden aufzunehmen.

Der **Vorsitzende** fragt, ob die Bankenvereinigung, die sich selber ins Spiel gebracht habe, zusätzlich eingeladen werden solle. - Aus dem **Ausschuss** wird das nicht befürwortet.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig die Durchführung der öffentlichen Anhörung der von den Fraktionen vorgeschlagenen Sachverständigen am 20. Januar 2005.

7 Einrichtung einer Leerstelle der Besoldungsgruppe A 15 BBesO im Einzelplan 11

Vorlage 13/2975

Der **Vorsitzende** legt dar, der Unterausschuss "Personal" habe diesen Antrag des Finanzministeriums am 12. Oktober beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU und Grüne bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion empfohlen, der Vorlage zuzustimmen.